

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise
sind in der Morgenausgabe angeschlossen
Redaktion: S.M. 66, Cindruftstraße 3
Verleger: Dönhof 202 - 204
Tel.-Nr. 2500/2501

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Verlag und Anzeigenverwaltung
S.M. 66/111 9-2 Uhr

Verleger: Dönhof-Verlag GmbH
Doxia S.M. 66, Cindruftstraße 3
Verleger: Dönhof 2000-2001

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Wahlen in Thüringen und Lübeck.

Sieg der Reichswehr und des „Ordnungsblocks“.

Weimar, 11. Februar, 11 Uhr vormittags. (Eigener Drahtbericht.) Aus den bisher vorliegenden Wahlergebnissen ergibt sich folgende Stimmenzahl: USPD. 161 813, SPD. 126 585, Ordnungsbund 333 098, Völkische 65 032, Freie Wirtschaft 2098, USP. 5063. Es stehen jedoch noch die Landkreise Altenburg, Greiz und Meuselwitz aus, die stark industriell durchsetzt sind. Nach den bisherigen Resultaten ist anzunehmen, daß sich der Kandidat für Thüringen zusammenfassen wird aus 25 Mitgliedern des „Ordnungsbundes“ (bisher einschließlich der Völkischen 26), 14 Sozialdemokraten (bisher 22), 10 (6) SPD. und 5 Völkischen.

Die Telegraphen-Union gibt in der Mittagsstunde dieses vorläufige Gesamtergebnis: Nach dem Ergebnis der Thüringer Landtagswahlen verteilten sich die Sitze folgendermaßen: Ordnungsbund 32, Völkische 6, Sozialdemokraten 15, Kommunisten 12, zusammen 65.

Der bisherige Landtag zählte nur 54 Abgeordnete. Wenn jetzt deren 65 herausgerechnet werden, so ist das auf die Eigenart der thüringischen Verfassung zurückzuführen. Nach dieser wird auf je 12 000 der für die einzelnen Wahlvorschläge in den Wahlkreisen abgegebenen Stimmen ein Abgeordneter zugeteilt. Die danach in den Wahlkreisen unberücksichtigt gebliebenen Stimmen werden dann über das ganze Land zusammengezählt und für je 12 000 ein weiterer Abgeordneter bestimmt. Auf jeden alsdann noch verbleibenden Rest von mehr als 9000 Stimmen entfällt ein weiterer Abgeordneter. Bei der außerordentlich starken Wahlbeteiligung am Sonntag ist also eine Verschiebung der Abgeordnetenzahl durchaus begründet.

Weimar, 11. Februar, 12 Uhr mittags. (W.T.B.) Stand der Wahlen zum Thüringischen Landtag: Ordnungsbund 386 000 Stimmen, Vereinigte Sozialdemokraten 200 000, Kommunisten 155 000, Unabhängige 5000, Freier Wirtschaftsband 2000, Völkische 78 000.

Einzelergebnisse.

Bisher liegen folgende Einzelergebnisse von der Landtagswahl vor (die in Klammern gesetzten Ziffern beziehen sich auf die Wahlen von 1921):

	Sozialdemokraten	Kommunisten	Ordnungsbund	Völkische	(Pärg. auf.)
Sera	14781 (21000)	7942 (2687)	90089	7001	(19682)
Arna	6224 (8148)	6508 (2889)	14265	2981	(17077)
Gotha	1907 (2494)	7968 (5074)	16026	8842	(9903)
Ermar	4286 (4299)	4000 (1686)	12412	4786	(10504)
Eitenach	6740 (6487)	8590 (1412)	18087	2120	(8212)
Altenburg	10158 (11182)	2078 (892)	10165	2887	(9782)
Apolda	8134 (2762)	2187 (927)	7487	912	(8905)
Arnstadt	8002 (8652)	2764 (1807)	4833	1584	(4342)

Landkreise:

Jena-Neuba	10071 (14618)	6018 (8088)	24012	1210	(19611)
Eitenach	10451 (18599)	6992 (2879)	22754	11987	(19790)
Reinringen	11490 (14829)	6612 (3246)	28021	4888	(90789)
Hildburghausen	4288 (6147)	4926 (2416)	17798	4801	(16250)
Sonneberg	14270 (14998)	7474 (8540)	17761	631	(10054)
Schleiz	5597 (8899)	1567 (829)	12610	5444	(12909)

Weitere Einzel-Resultate:

Reisa-Weiß	1042	811	2004	151
Eisenberg	1918	1998	1862	2928
Sonderhausen	611	625	2661	687
Altenau-Stadt	2274	1507	2677	1178
Böghed	1800	2700	8800	1800

Die Wahlen in Thüringen, deren Ergebnisse erst im Laufe des heutigen Vormittags allmählich einfließen, haben, wie niemand anders erwartete, eine Einbuße an sozialdemokratischen Stimmen gebracht. Unsere Partei stand im Kreuzfeuer des bürgerlichen Ordnungsblocks auf der einen Seite, der Kommunisten auf der anderen. Der unerhörte Verleumdungssturz der bürgerlichen Wahllegation richtete sich ausschließlich gegen sie. Gegen sie wirkte der Druck des militärischen Ausnahmezustandes, er wirkte aber auch für die Kommunisten, da zahlreiche proletarische Wähler ihren berechtigten Empörung darüber am besten Ausdruck geben zu können glaubten, daß sie für die scheinbar „radikalere“ Richtung ihre Stimmen abgaben.

Das Bild, das sich für die politische Arbeiterbewegung in Thüringen ergibt, ist betrübend. Die Kommunisten haben durch ihre Spaltungsarbeit nichts anderes erreicht als eine bürgerliche Mehrheit. So mühe, wenn Vernunft regierte, jedermann einsehen, daß auf diese Weise nicht weiterzukommen ist. Der Kommunismus vermag nichts anderes als die Macht, die die Sozialdemokratie zur Vertretung der Arbeiterinteressen aufbringen kann, zu schwächen, ohne selbst zu ihrer Förderung auch nur das allgeringste leisten zu können. Er hat keine Aussicht, seine Phantastereien in die Wirklichkeit umsetzen zu können, ihm gelingt nichts anderes, als die Reaktion zu kräftigen.

Die thüringische Sozialdemokratie hätte den Schaden, der jetzt entstanden ist, eindämmen können, wenn sie den Kommunisten gegenüber eine klarere und festere Haltung eingenommen hätte. Solange die Kommunisten es ablehnen, auf dem

Boden des Parlaments und des allgemeinen Wahlrechts praktische Arbeit im Interesse der werktätigen Massen zu leisten, solange sie das unsinnige Ziel verfolgen, durch Gewalt die Herrschaft ihrer eigenen Partei als einer Minderheit aufzurichten zu wollen und solange sie als Mittel zur Erreichung dieses Ziels die Bekämpfung der Sozialdemokratie, die Zersplitterung der politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung betrachten, solange bleibt jedes Vastieren mit ihnen Selbstmord. Nur im Kampf gegen diese Zerstörungsarbeit kann sich die Sozialdemokratische Partei konsolidieren.

Die Freude der Kommunisten über den Stimmenverlust der Sozialdemokratie und den Sieg des bürgerlichen Ordnungsblocks kann nicht über die Tatsache hinwegtäuschen, daß sich auch im hochindustriellen Thüringen nur eine kleine Minderheit der Bevölkerung für die Parole des Kommunismus entschieden hat. Selbst wenn alle kommunistischen Wähler entschlossene Anhänger der scheinrevolutionären Gewaltpolitik wären, was beileide nicht der Fall ist, und selbst wenn die Sozialdemokraten diesen Wahnsinn unterstützen würden, woran sie natürlich nicht denken, so wäre — selbst in Thüringen, von ganz Deutschland nicht zu reden — die stärkere Macht auf der anderen Seite. Eine von den Kommunisten kommandierte „Einheitsfront des Proletariats“ würde der sichersten Niederlage entgegengeführt werden, und noch schwerere Bedrückungen als die bisherigen würden die Folge sein.

Jeder Agitationserfolg der Kommunisten trägt in der Geschichte die Ueberschrift: „Niederlage der politischen Arbeiterbewegung.“

Der bürgerliche Ordnungsbund hat dabei nicht den allergeringsten Grund, auf seinen Wahlsieg stolz zu sein. Als politisches Ziel hatte er angegeben: Sturz der sozialdemokratisch-kommunistischen Landtagsmehrheit. Dieses Ziel hat er erreicht. Aber die sozialdemokratisch-kommunistische Landtagsmehrheit, die sehr knapp war und die schon deshalb niemals den Bogen überspannen durfte, hatte als politischer Faktor schon vor den Wahlen zu existieren aufgehört, nachdem sich die Sozialdemokraten aus eigener Erkenntnis von den Kommunisten getrennt hatten. Die Sozialdemokraten waren die Koalition mit den Kommunisten eingegangen in der Hoffnung, diese allmählich auf den Boden praktischer Arbeit hinführen zu können. Wie trügerisch diese Hoffnung war, hat die Rede Sinowjews mit brutaler Deutlichkeit gezeigt, war aber auch schon zuvor von den Sozialdemokraten erkannt worden. Dafür, daß die knappe sozialdemokratisch-kommunistische Mehrheit als politischer Faktor ausgeschaltet war, hatten die Kommunisten mit ihrer Taktik des Betrugs und des Verrats selber schon gesorgt, dazu war weder der militärische Ausnahmezustand notwendig noch die Entfesselung jener Schlammslut, die durch diesen Wahlkampf herbeigeführt wurde.

Was in Thüringen in den letzten Wochen geschehen ist, das war — abgesehen vom Ergebnis, das man auf den verschiedenen Seiten verschieden beurteilen wird — eine Schande für Deutschland. Noch niemals ist ein Wahlkampf schmutziger, gehässiger, persönlicher, entfernter von jeder „Höhe des Prinzips“ geführt worden als dieser. Die Waffe der Gegner bestand so gut wie ausschließlich aus gemeinen Verleumdungen, sie wurde verstärkt durch die Handhabung des militärischen Ausnahmezustandes. Das Ergebnis ist der Sieg einer zusammengewürfelten Mehrheit, deren Teile, ohne sich gegenseitig unheilbar zu kompromittieren, gar nicht mit einander zusammenarbeiten können, und die während des Wahlkampfes auch selber erklärten, an eine solche Zusammenarbeit auch gar nicht zu denken.

Erfolgt worden ist dieser Sieg durch eine Stärkung der Strömungen von rechts und links, die die demokratische Staatsordnung selbst negieren und die Gewalt auf ihre Fahne geschrieben haben. Wie für die Sozialdemokraten die Kommunisten, sind für die Rechtsparteien die Völkischen zu einem ernsthaften Gegner herangewachsen. Folge davon ist, daß heute noch niemand zu übersehen vermag, auf welcher Grundlage die neue Regierung gebildet werden soll. So hat der Ordnungsbund im Grunde auch nur Zerstörungsarbeit geleistet, er steht auf einem Trümmerhaufen, um im Augenblick seines „Siegess“ auch wieder auseinanderzufallen.

Eine solche Politik ist verständlich von den Deutschnationalen, die schließlich auch nur die Zerstörung der neuen Ordnung in Deutschland wollen. Daß sich die Mittelparteien bis zu den Demokraten in ihr Schicksal nehmen lassen, war ein verhängnisvoller Fehler. Diese Parteien, die angeblich „den Klassenkampf überwinden“ wollen, haben durch die Einseitigkeit des Klassenstandpunktes, den sie einnahmen, die Gegenseite nur noch tiefer aufgerissen.

Inmitten dieser katastrophalen Verwirrung kann sich die Sozialdemokratie den Boden zu neuem Aufstieg schaffen, wenn sie sich als die berufene Führerin aus dem Labyrinth erweist. Dazu wird ihr der Wahlkampf im Reich die beste Gelegenheit bieten. Er wird nicht nach den Froschperspektiven des Thüringer Ordnungsblocks geführt werden

können, sondern er wird die großen Gesichtspunkte der Äußeren und der Inneren Politik wieder zur Geltung bringen. Schließlich wird sich die Sozialdemokratie zwischen der bürgerlichen Reaktion und ihrem Helfer, dem kommunistischen Arbeiterverrat, dennoch die Wasse zum Sieg bahnen mit der blanken Wasse ihrer Weltanschauung und ihres praktischen, klaren Programms.

Die Wahl in Lübeck.

Lübeck, 10. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Die heutigen Bürgerchaftswahlen brachten folgendes Ergebnis: Sozialdemokraten 25 321 Stimmen (bei den Bürgerchaftswahlen 1921: 31 073), Kommunisten 8286 (4330), Hausbesitzer 7671 (5083), Demokraten 6601, Wirtschaftsgemeinschaft (Deutschnationale, Deutsche Volkspartei, Zentrum und Bürgerbund) 19 741 (19 211), Vereinigte bürgerliche Parteien einschl. Demokraten 19 834, Deutschvölkische 8558 (Bürgerbund 3527). Die Mandate verteilen sich wie folgt: Sozialdemokraten 28 (1921: 39), Kommunisten 16 (9), Hausbesitzer 8 (6), Demokraten 7, Wirtschaftsgemeinschaft 21 (Vereinigte bürgerliche Parteien einschl. Demokraten 25), Deutschvölkische 6 (Bürgerbund 4). Die Wahlbeteiligung betrug 87,3 Proz. gegenüber 87,7 Proz. beim Volkenscheid vor vier Wochen. Bei diesem Volkenscheid hatten 29 596 mit Ja, also für die Beilegung des Senats, 44 140 mit Nein gestimmt. Damals hatten sowohl die Sozialdemokraten wie die Kommunisten die Parole ausgegeben, für Beilegung des Senats zu stimmen. Es scheinen jedoch nicht alle Anhänger dieser Parole gefolgt zu sein. Denn diesmal stimmten 5000 Wähler weniger für die bürgerlichen Gruppen als beim Volkenscheid, während umgekehrt 5000 Stimmen mehr für die beiden Einheitsparteien gezählt wurden. Abgegeben wurden bei der heutigen Wahl insgesamt 73 487 Stimmen gegen 73 736 Stimmen beim Volkenscheid. Der Wahltag verlief ruhig und ohne Störungen.

Schwerindustrie gegen Sachverständige.

Die ewigen Saboteure.

Der Berliner Korrespondent der „Times“, dessen Objektivität und Gewissenhaftigkeit in journalistischen Kreisen bekannt sind und wiederholt von amtlicher deutscher Seite öffentlich attestiert wurden, macht in der Nummer seines Blattes vom 6. Februar ausführliche Angaben über die Arbeiten der beiden Sachverständigenausschüsse. Er verzeichnet das kategorische Dementi auf die Gerüchte, wonach die Reichsregierung und die deutschen Banken die Aufgabe der Sachverständigen erschwert hätten und schreibt:

„Obwohl das Verhalten der deutschen amtlichen Stellen und der Persönlichkeiten der Bankwelt, mit denen die Ausschüsse zu tun haben, absolut korrekt und entgegenkommend war, so hat, wie ich höre, die Haltung der Schwerindustrie gegenüber der Sachverständigenkommission auf die amerikanische Vertreter geradezu niederschmetternd gewirkt. Sie waren nach Berlin in aufrichtigem Glauben und mit dem Gefühl gekommen, daß sie, trotz ihrer Eigenschaft als Neutrale im Vergleich zu den sonstigen Mächten, die Möglichkeit haben würden, die Schwierigkeiten zu überbrücken, die bisher einer Lösung des Reparationsproblems entgegenstanden. Sie fanden jedoch bald, daß die Schwerindustrie sich in vielen Dingen ihren Plänen zur Widerauslösung der deutschen Finanzen, entgegenstellte; daß die Schwerindustrie alles in allem die Untersuchung durch ausländische Sachverständige als eine drückende Einmischung betrachtete; und daß manche Vertreter der Schwerindustrie von demselben Geiste unerschütterlicher Gegnerschaft gegen die Alliierten erfüllt waren, den Herr Sinnes in den Verhandlungen von Spa gezeigt hatte. Es war für sie eine Offenbarung.“

Amekellos beruhen diese Angaben des „Times“-Berichterstatters auf direkten Mitteilungen aus den Kreisen der amerikanischen Sachverständigen. Sie entsprechen auch durchaus der allgemeinen politischen Richtung und Weltanschauung der Sinnes, Hugenberg, Thyssen und Konsorten in den letzten Jahren. Eine solche Haltung der Schwerindustrie ist geradezu hochverrat. Offenbar erstreben die Herrschenden die Verhinderung der Stabilisierung der deutschen Finanzen, weil sie sich nach einer neuen Inflationsperiode mit ihren schrankenlosen Gewinnen für die Sachwertbesitzer sehnen. Gleichzeitig aber erzählen diese politischen Industriemagnaten den Franzosen, sie seien die wahren Verständigungs-politiker und — eine Rechtsregierung würde das Reparationsproblem viel leichter lösen können als eine demokratische!

Und noch eine Partei?

Die „Welt am Montag“ hat sich dazu herbeigelassen, den Aufruf eines anonymen Ausschusses abgedruckt, der sich mit der Gründung einer Partei aller Arbeitnehmer gegen den Kapitalismus beschäftigt. Den Gründern scheint so etwas wie eine alle gewerkschaftlichen Richtungen umfassende Gewerkschaftspartei vorzuschweben, sie werden aber bestensfalls nicht mehr erreichen als die Bildung noch eines Parteilchens neben den schon bestehenden Parteien, also nicht Sammlung, sondern je nach ihrem Erfolg noch etwas mehr Zersplitterung und Durcheinander. Die freien Gewerkschaften stehen diesem Treiben fern.

Ludendorff und Ehrhardt.

Von einer von General Ludendorff autorisierten Seite erfährt die „Telegraphen-Union“: Nach Zurückziehung der Klage des Kapitanleutnants Kautter gegen General Ludendorff hat auf Grund einer Vermittlung seitens des Abg. v. Graefe und anderer Herren eine Aussprache zwischen General Ludendorff und Kapitanleutnant Ehrhardt stattgefunden, die in allen persönlichen Momenten eine vollständige Klärung ergeben hat. Wie weit in den sachlichen Anschauungen eine Annäherung möglich sein wird, muß der Zukunft überlassen werden. Der Wunsch des General Ludendorff ist, daß seine politischen Freunde sachliche Meinungsverschiedenheiten mit Gegnern in einer Weise austragen, die der politischen Weltanschauung würdig ist.

Die Flucht aus dem Zentrum.

Eine Tagung der christlich-sozialen Volksgemeinschaft.

Essen, 10. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Hier fand am Sonntag eine Kundgebung der „Christlich-sozialen Volksgemeinschaft“ statt. Selten wohl sind innerhalb der christlichen Arbeiterschaft so radikale Worte geführt worden wie in dieser Kundgebung, die aus dem ganzen Industriegebiet Bescheid war. Der Hauptredner des Tages, ein Mann der Werkstätte, Johann Wehinger aus Dortmund, legte in eisenhalsständiger Rede die Ziele der neuen christlichen Partei dar und fand dabei besonders stürmischen Beifall bei der christlichen Arbeiterschaft, wenn er die arbeitserfreundliche Politik des Zentrums mit den schärfsten Worten brandmarkte. Er wies auf das Wort vom „Dank des Vaterlandes“ hin und belegte mit hundertfältigen Beispielen den schändlichen Betrug am werktätigen Volke; er gelobte die reaktionären Bestrebungen der Deutschnationalen und die Scharfnähergefühle der Schwerindustriellen. Das Volk sei von den bürgerlichen Parteien in gemessener Weise hintergangen und ausgebeutet worden. Schuld an dem schrecklichen Elend, an der Krise, an der Inflation und an der Kapitalflucht trüge der Kapitalismus, der seine Substanz immer nur vernichten wolle, statt für das Volksganze zu opfern. An der ungerechten Verteilung der Güter trage auch der frühere Finanzminister Dr. Herres einen großen Teil der Schuld, weil er im wohlverstandenen kapitalistischen Interesse dafür gesorgt habe, daß die Substanz des Staates und Rücklagen immer größer werde. Auch während des politischen Widerstandes habe sich die Schwerindustrie an der Not des Volkes bereichert und immer sei das Zentrum dabei gewesen, wenn es galt, die kapitalistischen Interessen zu wahren. Der Zentrums-Reichstagsabgeordnete Dr. Kory habe sich das Ermächtigungsgesetz nur verschafft, um mit der Gewalt von oben alle freiwirtschaftlichen Regungen der werktätigen Schichten zu unterbinden. Nichts habe das Zentrum getan, um das Volk aus dem Elend herauszuführen. — Im Anschluß an diese große Kundgebung traten die Delegierten der „Christlich-sozialen Volksgemeinschaft“ aus dem ganzen Industriegebiet zu einer besonderen Konferenz zusammen.

Die Rechtsreform.

Der Reichsausschuß des Reichstags nahm am Sonnabend bei der zweiten Sitzung des Geheimnisses zur Beschleunigung des Verfahrens in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten eine Entscheidung an, die die Rechtsreform ernstlich eine Verlage einzubringen oder wenigstens bei der bevorstehenden Reform der ZPO eine Bestimmung vorzusehen, wonach die Revision ohne Rücksicht auf den Wert des Streitgegenstandes oder des Beschwergegenstandes zulässig ist, wenn es im öffentlichen Interesse liegt über eine vom Reichsgericht noch nicht grundsätzlich entschiedene Rechtsfrage eine höchstgerichtliche Entscheidung herbeizuführen. Ueber das Vorliegen des öffentlichen Interesses soll das Reichsgericht ohne mündliche Verhandlung durch Beschluß entscheiden.

Die rumänisch-russischen Verhandlungen werden in Wien stattfinden. Sie sind unzulässiger und daher wichtiger Art.

Die Amalie Macdonalds für die von britischen Kriegsgerichten Verurteilten kommt auch den ägyptischen Revolutionären zugute.

Amerika rüffel ab. Der Finanzausschuß des Repräsentantenhauses hat vom Marineminister 4 453 000 Dollar gefordert.

Produktionssteigerung.

Von Emil Rath.

Darüber sind sie sich alle einig, die Herren: die Produktion muß auf jeden Fall gesteigert werden. Zunächst einmal durch Arbeiterentlassungen und Kurzarbeit. Nachdem man die Arbeiter an ein „schnelleres Arbeitstempo“ gewöhnt hat, ersetzt man die Entlassenen durch Verlängerung der Arbeitszeit. Allzuviel freie Zeit schadet dem Arbeiter, je weniger freie Zeit ihm bleibt, desto weniger Gelegenheit ist ihm geboten, dummen Gedanken nachzuhängen oder gar auf „Bildung“ Anspruch erheben zu wollen. Und das Braßertum, über das Herr Stresemann sich längst so treffend äußerte, nimmt ohne Zweifel ab. Die Arbeiter werden dann bestimmt nicht mehr in den Dienen und Bars herumspazieren oder beim Sechslagerrennen Goldmarkprämien stiften.

Aber es gibt noch andere sonstige Mittel, die Arbeitsfreudigkeit und mit ihr die Produktion zu steigern. Ein geeignetes Objekt zu solchen Experimenten bieten die Kurzarbeiter. Da geht zum Beispiel der Meister, in jovialer Tone um sich grühdend, wohlgefällig durch die Reihen, klopft diesem und jenem huldvoll auf die Schulter.

„Na, Schmann, wie geht's denn?“

„Na, nicht besonders, Rechts. Wenn man bloß zwei Tage arbeiten kann. Man möchte ja ferne arbeiten — aber es ist ja nicht zu machen.“

Der Meister wiegt bedächtig das Haupt. „Woll'n mal sehen, Bittlichkeit läßt der Alte mit sich eiden. Aber — denn macht man 'n bloßen Dampf hinter.“ Und die Hoffnung, doch noch einen Tag mehr in der Woche arbeiten, ein paar arbeitsfreie Feiertage mehr verdienen zu können, wischt auch die schon stumpf gewordenen. Die Hände greifen rascher zu. Berechtigt wird wenig, aufmerksam folgen die Augen den Bewegungen der Maschine. Stuhl auf Stuhl häuft sich über und über auf dem Arbeitsfeld.

Der Meister reißt sich die Hände. Er unterläßt es nicht, von Zeit zu Zeit die Hoffnung auf einen dritten Arbeitstag zu säubern. Er verschwindet. Kommt nach einer Weile wieder.

„Als die Arbeit fast fertig gemacht werden. Das mit dem dritten morgen ist noch nicht bestimmt. Aber höchstwahrscheinlich sagt der Alte Ja. Denn wir haben noch sooo viel zu tun!“

Und Hände, Augen und Köpfe haben. Minute um Minute verstricht. Stunde vergeht auf Stunde. Die Dämmerung kommt. Die Lampen blinken auf. Die Augen schmerzen von dem klaren Zusehen. Aber sie spüren nichts davon. Denn morgen — morgen gibt es vielleicht noch Arbeit! Ungeduldig und hoffnungsvoll zugleich erwarten sie die Bestätigung. Und der Meister rückt langsam auf die sechste Stunde zu. Bald ist der lange Tag um.

Kein Funkmonopol der Schwerindustrie.

Aber Konzessionsanträge werden zurzeit geprüft.

Die Reichspostverwaltung tritt durch WTB. unserer Mitteilung entgegen, daß rechtsgerichtete Zeitungen eine Art Monopol für Übermittlung eigenen Nachrichtenmaterials an ihre Abonnenten durch Rundfunk erhalten sollen. Im besonderen erklärt sie kategorisch, daß sie die Genehmigung zur Errichtung privater Sendestationen nicht genehmigen werde. Indessen bestätigt sie, daß Anträge von Nachrichtenbureaus und Zeitungen „auf Übermittlung von Spezialfunkdiensten durch die Reichsfunktsender“ vorliegen. Sie unterliegen derzeit der Prüfung nach ihrer wirtschaftlichen und technischen Seite, da das Ministerium selbstverständlich die Pflicht habe, immer neue Wege zur Erhöhung der Wirtschaftlichkeit des Verkehrs zu suchen.

Gerade in der Absicht der Konzessionierung von „Spezialfunkdiensten“ liegt eben die eminent politische Gefahr, auf die wir hinweisen wollten. Ob diese „Spezialfunkdienste“ durch eigene Sendestationen oder für Geld durch das Reich übermittelte werden, ist letzten Endes gleichgültig. Im letzteren Fall würde sich das Reich einfach zum Werkzeug politischer Propaganda leistungsfähiger Interessentengruppen der Wirtschaft und der Politik machen, und das wäre in mancher Hinsicht noch bedenklicher. Wir begrüßen deshalb die Mitteilung am Schluß der WTB-Mitteilung, daß die letzte Entscheidung über diese Anträge bei den politischen Ressorts liegt und erwarten, daß sie nur nach Anhörung sämtlicher Parteien und im Einvernehmen mit ihnen getroffen wird.

Militärkontrolle und Völkerbund.

Neue Vorschläge Macdonalds.

Paris, 11. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Die „Tribune“ glaubt, für die auf Wunsch Poincarés erfolgte Vertagung der für Sonnabend mit dem deutschen Vorkämpfer v. Hoesch vereinbarten Unterredung folgende Begründung geben zu können: Die französische Regierung sei in diesen Tagen von London offiziell davon in Kenntnis gesetzt worden, daß Ramsay MacDonald in bezug auf Deutschland neue Vorschläge zu unterbreiten wünsche; die englische Regierung beabsichtige den französischen Wünschen nach Wiederaufnahme der Militärkontrolle in Deutschland sehr weit entgegenzukommen unter der Voraussetzung, daß Frankreich sich damit abfinde, daß diese Überwachung künftig vom Völkerbund ausgeübt werde und es seinen Widerstand gegen einen Eintritt Deutschlands in den Völkerbund aufhebe. Das Blatt, das diese englische Initiative als entscheidenden Schritt zur Wiederherstellung eines endgültigen Friedens begrüßt, legt hinzu, daß gegenwärtig am Quai d'Orsay die Stimmung einer Verständigung mit England zweifellos sehr günstig sei, daß man sich aber trotzdem fragen müsse, ob die gegenwärtige französische Regierung imstande sei, eine Entwicklung von solcher Tragweite vorzubereiten und schließlich durchzuführen.

Hayas meidet jedoch, daß von heranziehenden Plänen weder in französischen noch in autorisierten englischen Kreisen etwas bekannt sei.

Uebrigens leidet Poincaré an einer leichten Grippe.

Hungerstreik eines Kriegsverurteilten.

Paris, 11. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Der wegen seiner politischen Propaganda während des Krieges zu langjähriger Zuchthausstrafe verurteilte anaristische Politiker Golds ist vor einigen Tagen in einen Hungerstreik eingetreten. Da sein Zustand zu erheblichen Besorgnissen Anlaß gibt, hat die Gefängnisverwaltung seine Verlegung ins Krankenhaus angeordnet.

Macdonalds Regierungserklärung.

London, 11. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Macdonald, der das Wochenende auf dem händigen Landsitz des jeweiligen Ministerpräsidenten Chequers verbracht hatte, ist heute in London wieder eingetroffen, und hat den Vorschlag in einer neuen Kabinettsitzung geführt, die gleich nach seiner Rückkehr begonnen hat. In dieser Sitzung wird die Regierungserklärung, die morgen im Unterhaus abgegeben wird, endgültig festgelegt. Es verriet, daß ihre Fassung etwa zwei Stunden dauern wird, worauf sich das Parlament vertagen dürfte. Endgültige Vorschläge für die Wohnungsbaufrage werden vermutlich darin noch nicht enthalten sein, da die Vorarbeiten der Unterausschüsse der Regierung noch nicht beendet sind.

Kolloidchemie und Biologie.

Über dieses Thema sprach Prof. Dr. Freundlich in der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften. Zur Erklärung: in einer Tasse Tee ist der Teefarbstoff kolloidal, der Zucker gelöst enthalten. Bringt man einen Pergamentbeutel mit Tee in klarem Wasser, so geschieht nichts; die Teeteilchen können die feinen Poren des Pergaments nicht durchwandern. Macht man denselben Versuch mit Zucker, so wird das Wasser bald gelüht sein. Stoffe, die aus einer Lösung als Kristalle (wie z. B. Zucker) ausfallen, durchdringen Pergament, während (wie die in kolloidaler Lösung (Weiß u. a.) sind und fast Gelee (z. B. Apfelsauce u. a.) bilden, es nicht tun.

Nach der Definition von Ostwald sind Kolloide Molekülzusammenballungen in der Größenordnung von etwa 10^{-7} bis 10^{-5} Zentimeter Kontinuität, die als sekundäre Lichtstreuung wirken. Dadurch kann man sie sicher durch das Ultramikroskop sehen. Es ist eine ähnliche Erscheinung, wie wenn in einem dunklen Raum ein Sonnenstrahl bringt, der die Staubteilchen in der Luft sichtbar macht. Die Teilchen in einer kolloidalen Lösung sind in dauernder Bewegung, der sog. Brownschen Kollidierbewegung.

Diese besonderen Eigenschaften rufen besondere Vorgänge hervor, die in der Biologie von größter Wichtigkeit sind. Es sind die Osmotischen Erscheinungen zu nennen, die z. B. bei der Kollidation zu beobachten sind. Holztafel absorbiert z. B. Farbstoffe und Gase (der Hauptbestandteil der Kollidierbewegung des Wasserstoffes). Man nimmt an, daß z. B. die Desinfektion zuerst dadurch wirkt, daß die Bakterien den Vermehrungsstoff abfordern und später dann chemische Veränderungen, die ihre Abtötung bedingen, eintreten. — Quellungserscheinungen machen sich an der Oberfläche von Gelee, das aus Kollidialteilen, die durch Flüssigkeitsbrücken vereinigt sind, bemerkbar. Auf Quellung führt man die Muskelkontraktionen zurück so daß man die Muskeln „Quellungsorgane“ nennen kann. Es sei daran erinnert, daß die Witten Quellungsorgane praktisch anzuwenden: z. B. beim Festsprengen trockenem Holz in Steinlöden und ähnlichen Wasser ein. Das Holz quillt stark auf und zerschlägt dabei das Gestein.

Sowjet-Russlands Außenpolitik.

Eine Erklärung Njotows.

London, 11. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Aus Moskau wird berichtet, daß Njotow in seiner ersten Rede nach der Übernahme der Nachfolgechaft Benins erklärte, daß Sowjetrussland die gleiche auswärtige Politik befolgen würde wie früher. Die Rote Armee werde aufrechterhalten bleiben, solange wie der Berliner Vertrag Europa in Unruhe halte.

Ruhigere Börse.

Am Devisenmarkt ist im Vergleich zur vergangenen Woche eine leichte Entspannung eingetreten. Das Kommando der Sachverständigenkommission hat die erregten Gemüter etwas beruhigt. Die Preise der Industrie und des Einfuhrhandels, denen die schärfsten Reparationen der Reichsbank völlig überraschend kamen, sind auf diese Weise in eine lärmere Lage geraten. Sie wissen nicht, wie sie die Verluste zur Bezahlung der bevorstehenden Einfuhrgüter beschaffen sollen. Wie immer in derartigen Fällen wird unter Berücksichtigung der erwarteten Reparationen ein größeres Maß von Devisen angefordert, als dem wirklichen Bedarf entspricht.

Es machen sich auch Anzeichen dafür bemerkbar, daß gewisse Wirtschaftskreise versuchen, die Devisen, die sie in Berlin nicht bekommen können, durch Käufe im besetzten Gebiet zu erlangen. Insofern werden von den Börsen des besetzten Gebietes weiterhin höhere Devisenkurse gemeldet, während im eigenen Lande seit Ende der vergangenen Woche eine entschieden günstigere Wendung eingetreten ist. Das Ausland weiß fast durchweg bessere Marktlage. Man ist an der Börse der Meinung, daß noch einige Tage vergehen werden, bis die normale Situation wieder hergestellt ist.

Das Ministerium ist leicht erregt als beseitigt. Die veränderte Sachlage nach ausländischen Zahlungsmitteln hat natürlich auch den Geldmarkt sichtbar beeinflusst. Logisches Geld war heute mit 4 Proz. leicht begehrt.

Am Effektenverkehr war das Geschäft verhältnismäßig ruhig. Die Tendenz war nicht ganz gleichmäßig. Stärkeres Interesse besteht jedoch für alle Naturpapiere und inländische Werte mit politischem Charakter. Am Anleihemarkt ist eine bemerkenswerte Beruhigung des Geschäftes eingetreten. Inländische Anleihen verkehrten größtenteils auf der Basis der Freilagerung.

Ausweis der Ren enbank.

Vom 31. Januar 1924.

	31. 1. 1924	31. 12. 1923
Aktiva.		
Belastung der Wirtschaft zu Gunsten der Rentenbank	3 200 000 000.—	3 200 000 000.—
Bestand an Rentenmarken am 31. 12. 23 Rm. 2 399 984 000.—		
am 31. 1. 24 Rm. 2 399 572 000.—		
Darlehen an das Reich unverzinslich	200 000 000.—	200 000 000.—
verzinslich	1 000 000 000.—	900 000 000.—
Darlehen für die Wirtschaft an die Reichsbank	—	200 000 000.—
an die Notenbanken	3 395 500.—	6 197 000.—
Vorübergehend bei der Reichsbank (200) und Post (10) für Ingangsetzung des Giro- und Postcheck-Verkehrs	2 200 000 000.—	2 100 000 000.—
Kasse, Giro-, Postscheck- und Bankguthaben	11 268 754 40	4 083 199 61
Mobilien und Büroutensilien	61 600 88	56 745 38
Sonstige Aktiva	—	—
Passiva.		
Grundkapital	2 400 000 000.—	2 400 000 000.—
Grundrücklage	8 000 000.—	8 000 000.—
Umlaufende Rentenbankscheine	12 119 988 88	13 740 814 22
Umlaufende Rentenmarken	100 000.—	128 000.—
Sonstige Passiva	—	—

1. Das Reich hat am 31. 1. 100 Millionen Rentenmark zurückgezahlt; Wiederanforderung vorbehalten.
2. Die Reichsbank hat im Januar 28 Millionen Rentenmark aus den zur Verfügung gestellten 600 Millionen abgefordert. Die darüber hinaus gewährten Kredite hat sie aus eigenen Rentenmarkenreserven gegeben; es wird auf die Wochenweise der Reichsbank vorzulegen.
3. Die Post hat im Januar 10 Millionen zurückgezahlt.

Wieweit durch diese Motore geleistet wird, mag man erkennen, wenn man hört, daß z. B. ein Insektenschädel, der dadurch „betrieben“ wird, bis zu 330 Hülfeschläge in der Sekunde ausführen kann. Kolloidale Lösungen sind fast unbegrenzt elastisch. Bringt man in eine Gelatinelösung ein Eisenblech, das es gerade darin schwebt, so wird es sich auf einen in die Höhe gebogenen Magnet ein bewegen. Wird dieser entfernt, so springt es in die ursprüngliche Lage zurück. In Wasser oder dem zähen Glycerin bleibt das Metallstück an der zweiten Stelle. — Optisch zeigen die Kolloide des Tintophänomens, das man an Melanos, Rauch, Nebel usw. beobachten kann. Der Rauch einer Leuchtorgel z. B. sieht gegen den hellen Himmel rötlich, gegen dunklen Wald bläulich aus. Es ist dies das „Urbild“ im „Tintophänomen“, von dem Goethe in seiner Farbenlehre spricht. Man kann dadurch feststellen, ob die Kolloidteilchen rund oder ausgeprochen nicht-rund (stäbchenförmig oder ähnlich) sind. Runde oder fast runde Teilchen geben das Licht stetig wieder, nicht runde funkeln. Ueber die Gestalt läßt sich auch durch die Reflexionsaufnahme etwas ausfinden, da amorphe Körper die Blatte gleichmäßig schwärzen, während kristallinische auf dem Bilde Linien entstehen lassen.

Die Theorie der Kolloide ist noch nicht sehr ausgebaut. Sie zeigt schon jetzt viele Möglichkeiten für die Erforschung biologischer Vorgänge, die sich durch die kolloidale Beschaffenheit des Proteins erklären lassen.

Ende der Altimeter-Kelame in England. Unter dem Namen „Strecken- oder Altimeter-Kelame“ begründet man bekanntlich die auch bei uns eingeführte Unsitte, alleiter Waren auf hab'n Breiterarbeit; anzugreifen, die an Eisenbahnlinien an Chausseen an Aufhängern, Meerestüfen usw. die Landstraße weichen verhandeln. In England ist die öffentliche Meinung jetzt genug gewachsen, diesen gräßlichen Versuch des Altimeter-Kelams zu beenden. Es waren hauptsächlich die Niederlagen von Benzol für Automobile und Motoren, die sich auf diese Weise bemerkbar machten, ferner auch Fäulnis, die Kälte, Hitzwellen, Erdstöße und dergleichen gerichtet. Jetzt machen die beiden größten englischen Petroleumfirmen, welche auch Benzol und andere Altimeter liefern, öffentlich bekannt, daß sie mit Beginn dieses Jahres auf jede Streckenkelame als unethisch und überflüssig verzichtet haben. Sie verpflichten sich, in dem Interesse der Konsumenten Bilder, welche den Abbruch der Breitenarbeit mit den Altimetern darstellen, zu erklären, daß sie für den besseren Geist auf der Heerstraße eintreten, und hoffen, daß das Publikum ihnen diesen Willen anerkennen möge. Dafür, daß Altimeterfahrer ihren Bedarf unterwegs ergänzen könnten, ist auch ohne solche Kelame hinderlich besorgt. Mit diesem Borgehen der beiden größten Firmen, die in Betracht kommen, dürfte in der Teil der Streckenkelame in England das Leben nicht ausfallen sein. Es wäre zu wünschen, daß andere Länder sich diesem Borgehen anschließen.

Mißerfolg der russischen Tibetexpedition. Die von Stokow geleitete russische Expedition, die sich die Eroberung des Himalaya-Gebirges im Tibet zum Ziel gesetzt hat, ist nach Auslauf zurückgekehrt, ohne Tibet betreten zu haben. Die Ursachen für die Misere wurde von der russischen Regierung nicht erteilt, und so mußte, wie das Ost-Express berichtet, die Expedition unvertägelter Sache umkehren.

